Stadtverordnetenversammlung Stadt Cottbus / město Chóśebuz



Antrag

Antrags-Nr.: 024/19

⊠ öffentlich □ nichtöffentlich

Antragsteller: alle Fraktionen Antragsdatum: 05.09.2019

7 and 1 faktioner	7 9 5			
Beratungsfolge:	Datum		Datum	
□ Dienstberatung Oberbürgermeister□ Ausschuss für Haushalt und Finanzen		Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz		
Ausschuss für Recht, Ordnung, Sicherheit und Petitionen		Ausschuss für Bau und Verkehr		
Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Rechte für Minderheiten		☒ Hauptausschuss☒ Stadtverordnetenversammlung	18.09.2019	
Ausschuss für Bildung, Sport, Kultur und sorbisch/wendische Angelegenheiten		☐ Beteiligung Ortsbeiräte nach KVerf	25.09.2019	
Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligung und Strukturwandel		☐ Information an AG Ortsteile☐ Jugendhilfeausschuss		
Antragsgegenstand:				
Erstellung eines Sportentwicklungsplanes für die Stadt Cottbus				
Inhalt des Antrages:				
Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:				
1. Im Jahr 2020 ist für die Stadt Cottbus ein Sportentwicklungskonzept zu erarbeiten.				
 Für den Haushaltsplan 2020 ist eine Kostenstelle (Haushaltstitel) zur Erstellung eines Sportentwicklungsplanes vorzusehen. 				
Fraktionen:				
AfD CDU	SPD	Die Linke		
Unser Cottbus/FDF AUB/SUB		B90/DIE GRÜNEN		
Beschlussniederschrift		Beschluss-Nr.:	Beschluss-Nr.:	
Gremium: HA StVV		Tagung am: TOP:		
einstimmig mit Stimmenmehrheit		Anzahl der Ja -Stimmen:		
☐ laut Beschlussvorschlag		Anzahl der Nein -Stimmen:		
mit Veränderungen (siehe Niederschrift)		Anzahl der Stimmenthaltu	Anzahl der Stimmenthaltungen :	

Begründung:

In der zurückliegenden Legislaturperiode sind zahlreiche Konzepte und Pläne im Interesse des Gemeinwohls in unserer Stadt erstellt und beschlossen worden.

Ein Sportentwicklungskonzept wurde aus verschiedenen Gründen mehrfach verschoben. Während einer Podiumsdiskussion im Vorfeld der Kommunalwahlen im Mai 2019 wurde durch die teilnehmenden Vertreter aller Fraktionen die Notwendigkeit der Erstellung eines Sportentwicklungsplanes erneut hervorgehoben und bekräftigt.

Die Stadtverwaltung soll gleichzeitig prüfen, ob durch geeignete organisatorische und personelle Maßnahmen in der Verwaltung selbst und bei der Beschreibung der von einem externen Dienstleister zu erbringenden Informationen und Konzepte, die Kosten für die externe Zuarbeit gesenkt und der Aufwand reduziert werden können.

Die Aufwendungen betragen ca. 75.000 € und sind letztendlich in der Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan für 2020 zu beschließen.